

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	Thema Baurecht; Sachverhalt: Herr A hat die Bewilligung für den Umbau seines Hauses erhalten. Er erhält die Bewilligung für einen Teil Wohnen plus einen von aussen zugänglichen Geräteraum als Anbau, der nicht zum Wohnraum gezählt wird. A setzt sich bösgläubig über die Bewilligung hinweg und schlug den Anbau dem Wohnen zu und baute ein zusätzliches Fenster ein. Es wurde eine Inspektion durchgeführt, daraufhin wurde der Rückbau verfügt und zudem ein Benützungsverbot für den Anbau verhängt. A will sich dagegen zur Wehr setzen und insbesondere eine Projektänderung anstreben. Was raten Sie ihm als sein Anwalt?	Wir befinden uns im Baupolizeiverfahren, d.h. Art. 45 ff. Baugesetz. Einschlägig ist Art. 46 Abs. 2 lit. d BauG, d.h. er muss innert 30 Tagen ein Gesuch um nachträgliche Baubewilligung stellen gemäss Art. 46 Abs. 2 lit. b BauG.
		Wo ist dieses Gesuch einzureichen?	Bei der ursprünglichen Genehmigungsbehörde, d.h. bei der Gemeinde.
		Wer wäre die Beschwerdeinstanz?	Die BVE gemäss Art. 49 BauG.
		Wie steht es mit dem Benützungsverbot?	Er muss ein Antrag auf Erlass vorsorglicher Massnahmen gestellt werden, denn die Verfügung ist sofort vollstreckbar gemäss Art. 46 Abs. 1 BauG.
		Es handelt sich um eine negative Verfügung, d.h. die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Wie schätzen sie die Chancen einer Beschwerde ein?	Keine Chance, die Baurechtswidrigkeit ist bereits erstellt.
		Ist das sofortige Benützungsverbot unverhältnismässig?	Nein, denn es ist nur ein Anbau. Er hat bereits einen Teil Wohnen, er ist auf den Anbau nicht angewiesen.
		Hat auch ein Bösgläubiger Anspruch auf den Vertrauensgrundsatz?	Nein.
		Doch, auch ein Bösgläubiger hat einen Anspruch darauf, dass keine unverhältnismässige Massnahme angeordnet wird, z.B. ein Abriss.	
		Was wäre die nächste Instanz nach der BVE?	Das ist gemäss Abs. 49 Abs. 2 BauG das Verwaltungsgericht, dort kann jedoch keine Projektänderung mehr verlangt werden.
		Wie stehen die Chancen von A?	Beides ist im Nutzungsbereich Wohnen, es gehört beides zur Bruttogeschossfläche mit Auswirkung auf die Nutzungsziffer. Die Chancen vor dem Gericht sollten gut sein.

		<p>Thema Staatsrecht. Wie ist die Wahl des Regierungsrats geregelt?</p> <p>Könnte der Sitz für den Berner Jura auch im Proporzverfahren gewährt werden?</p> <p>Was hat der Art. 80 Abs. 1 Satz 2 KV für eine Bedeutung?</p> <p>Kann der Grosse Rat mit der Motion eine Änderung einer Verordnungsbestimmung verlangen?</p> <p>Angenommen der Regierungsrat folgt der Motion nicht, was wären die Möglichkeiten des Grossen Rates?</p> <p>Was bedeutet das Kollegialitätsprinzip?</p>	<p>Der wird im Majorzverfahren gewählt. Der Kanton Bern bildet dabei einen einzigen Wahlkreis. Es gibt einen Spezialfall im Bezug auf den Berner Jura. Dieser hat laut der Kantonsverfassung die Zusicherung für einen Sitz. Ausschlaggebend ist das geometrische Mittel, derjenige Kandidat mit dem höchsten geometrischen Mittel erhält den Sitz.</p> <p>Das ist in beiden Verfahren möglich, es wäre dann eine Kombination von Majorz- und Proporzverfahren.</p> <p>Dieser Artikel ist in Verbindung mit Art. 63 Abs. 2 Grossratsgesetz zu lesen. Parlamentarische Instrumente sind auch tauglich, wo der Regierungsrat zuständig ist, einfach in abgeschwächter Form. Die Motion ist eine Weisung im Dienstverhältnis, der Regierungsrat hat sich an Weisung des Grossen Rates zu halten.</p> <p>Nein, sie hat nur Charakter einer Richtlinie. Das ist eine Frage der Gewaltenteilung. Der Grosse Rat kann eine Motion machen und um Verordnungsänderung bitten, das hat aber nur Charakter einer Richtlinie.</p> <p>Er kann das Gesetz ändern, so dass die Verordnung gesetzeswidrig wird und angepasst werden muss.</p> <p>Die nach Art. 3 des Organisationsgesetzes im Kollegium gefällten Entscheide müssen von sämtlichen Mitgliedern nach aussen getragen werden. Es gibt Ausnahmen davon, wenn man z.B. in seiner sozial-ethischen Überzeugung betroffen ist. Z.B. wenn Pierre-Alain Schnegg einen Entscheid bzgl. dem Verbot von Freikirchen tragen müsste.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	Thema Landesverweisung. Kann eine Landesverweisung in einem Strafbefehl ausgesprochen werden?	Nein, dies ist nicht möglich.
		Warum nicht?	Da nicht ein strafrechtlicher Entscheid, sondern eine verwaltungsrechtlicher Entscheid.
		Art. 66a ist aber bei den anderen Massnahmen im StGB geregelt, kommt zur Anwendung wenn eine Katalogtat begangen wurde. In der Durchsetzungsinitiative wäre vorgesehen gewesen, dass auch die Staatsanwaltschaft eine Landesverweisung aussprechen kann. Wäre dies sinnvoll?	Es wäre effizient gewesen, aber die Kompetenz der Staatsanwaltschaft wäre dann letztendlich zu gross gewesen.
		Bei besonderen Umständen kann man trotz Vorliegens einer Katalogtat von der Landesverweisung absehen. Ist dies im Strafbefehlsverfahren auch möglich? Das Gesetz spricht ja von „Gericht“; ist auch die Staatsanwaltschaft umfasst?	Ja, dies sollte allenfalls auch im Strafbefehlsverfahren möglich sein. Obwohl die Staatsanwaltschaft – trotz umfassender Befugnis im Strafbefehlsverfahren – kein Gericht ist. Man müsste dazu die Materialien konsultieren.
		Dies sei umstritten; es werde hierzu ein Gericht entscheiden müssen. Annahme: Die Staatsanwaltschaft darf dies. Ist der Verzicht auf die Landesverweisung im Strafbefehl zu dokumentieren?	Ja, wegen dem öffentlichen Einsichtsrecht. Allenfalls ist das Migrationsamt interessiert.
		Muss man im Strafbefehl begründen, wieso man die Härtefallklausel angewendet hat?	Ja, der Vollständigkeit halber. Jedoch nicht zwingend aus Sicht des Beschuldigten; gesetzlich gibt es keine Pflicht zur Begründung.
		Andere Fälle wo etwas begründet werden muss? Muss man eine bestimmte Rechtsfolge begründen?	Der Widerruf der bedingten Entlassung bspw. muss nach Gesetz im Strafbefehl kurz begründet werden. Es wäre sinnvoll, den Verzicht auf die Landesverweisung zu begründen.
		Die Staatsanwaltschaft beantragt eine Landesverweisung; das Gericht wendet die Härtefallklausel an. Ist dies im Urteil zu dokumentieren.	Es existiert eine Informationsobliegenheit des Gerichts; unter Umständen auch für andere Behörden von Bedeutung.
		Muss jedes Urteil schriftlich begründet werden?	Nein, Art. 82 StPO. Es erfolgt ein Verzicht, wenn das Urteil mündlich begründet wurde und keine Freiheitsstrafe über 2 Jahre ausgesprochen wurde.

		<p>Wenn keine schriftliche Begründung verlangt, wie kann das Gericht dokumentieren, dass auf eine Landesverweisung verzichtet wird?</p> <p>Hat der Privatkläger eine Einsprachemöglichkeit gegen den Strafbefehl, wenn die Staatsanwaltschaft auf die Anordnung einer Landesverweisung verzichtet?</p> <p>Wir sind aber im Strafbefehlsverfahren und dort gelten spezielle Bestimmungen...?</p> <p>Kann der Privatkläger gegen die Sanktion eine Einsprache erheben?</p> <p>Ist die Landesverweisung eine Sanktion oder eine Regelung im Schuldpunkt?</p> <p>Können in Strafbefehlsverfahren Zivilansprüche gestellt werden?</p> <p>Wie ist eine Anerkennung einer Forderung von CHF 2'000.00 rechtlich zu qualifizieren?</p> <p>Was ist wenn er nicht zahlt?</p> <p>Falsch. Ein Urteil ist ein definitiver Rechtsöffnungstitel.</p> <p>Wird im Strafbefehlsverfahren über Zivilforderungen Beweis geführt? Annahme: Anzeige wegen Körperverletzung, macht Zivilforderung von CHF 3'000.00 geltend. CHF 1'000.00 Genugtuung und CHF 2'000.00 Schadenersatz. Muss man als Staatsanwalt Beweise sammeln?</p> <p>Wenn keine zusätzlichen Abklärungen von Nöten wären, wäre es sinnvoll, dass die Staatsanwaltschaft über eine Zivilklage entscheiden kann (läuft aktuell eine dementsprechende Gesetzesrevision)?</p>	<p>Das Gericht kann dies im Dispositiv erwähnen.</p> <p>Die allgemeinen Bestimmungen zu den Rechtsmitteln: Art. 379 ff. StPO Art. 382 StPO: wenn rechtlich geschütztes Interesse vorhanden.</p> <p>Art. 354 StPO: Der Privatkläger ist ein weiterer Betroffener nach lit. b. Grundsätzlich nur bezüglich der Zivilklage.</p> <p>Art. 382/2 StPO: Der Privatkläger kann die Sanktion nicht anfechten.</p> <p>Die Landesverweisung ist eine Sanktion.</p> <p>Ja, diese können auf dem Strafbefehl anerkannt werden. Wenn sie nicht anerkannt werden, wird der Zivilkläger auf den Zivilweg verwiesen.</p> <p>Dies ist eine Schuldanerkennung.</p> <p>Der Strafbefehl ist ein provisorischer Rechtsöffnungstitel.</p> <p>Wenn es ein weitläufiges Beweisverfahren zu Folge hätte → Nein. Das Strafbefehlsverfahren soll ein schlankes Verfahren sein und der Staatsanwalt soll nicht über Zivilforderungen entscheiden.</p> <p>Dies würde dem Sinn eines Strafbefehlverfahrens widersprechen, da dieses aufblähen würde. Die Befugnisse des Staatsanwalts wären zu weit. Andererseits, wenn die Beweise schon erhoben wären, könnte man diese Entscheidung dem Staatsanwalt schon zutrauen.</p>
--	--	--	--

		<p>Wie wäre vorzugehen, wenn der Strafbefehl per eingeschriebenem Brief zugestellt wurde und nicht abgeholt wurde? Was bedeutet dies?</p> <p>Der Beschuldigte wurde von der Polizei befragt und über den weiteren Verlauf informiert; ev. eine Anzeige in Aussicht gestellt. Reicht dies aus?</p>	<p>Die Frage ist, ob ein Prozessrechtverhältnis entstanden ist. D.h. ob der Beschuldigte mit der Zustellung rechnen musste.</p> <p>Eine polizeiliche Einvernahme ohne einen dementsprechenden Hinweis reicht nicht. Der Beschuldigte muss nach Treu und Glauben mit der Zustellung rechnen.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönnimann	<p>Sachverhalt: Es besteht ein Aktionärsbindungsvertrag zwischen der A-AG und der B-AG über Aspekte der Beteiligung an der C-AG. Es gibt Differenzen zwischen den beiden und die A-AG kündigt den ABV aus wichtigem Grund per sofort. Vorgesehen wäre ein Jahr Kündigungsfrist. Die B-AG will das nicht akzeptieren und sie sollen als Anwalt für die B-AG klären ob der ABV noch gültig ist.</p> <p>Fraglich ist ob ein wichtiger Grund vorliegt und die Kündigung gültig ist. In Vertrag steht nur die Kündigungsfrist von einem Jahr. Was sind die rechtlichen Vorkehren?</p> <p>Annahme: In 2 Monaten findet eine GV statt und es ist im ABV vorgesehen, dass turnusmässig ein Vertreter der B-AG in den Verwaltungsrat zu wählen ist. Die A-AG will das aber nun nicht. Was ist zu tun?</p> <p>Wie würde das konkret aussehen?</p> <p>Das Bundesgericht sagt, dass das Drohen vorsorglicher Massnahmen möglich ist. Was wäre zu tun, wenn die GV bereits in 2 Wochen wäre?</p> <p>Annahme: Keine zeitliche Dringlichkeit geboten. B möchte wissen ob der ABV nun gekündigt ist oder nicht. Was ist zu tun?</p> <p>Wo ist diese Klage sachlich einzureichen?</p> <p>Es handelt sich aber um eine Vertragsstreitigkeit bzgl. des ABV. D.h. es geht um OR 1 ff. Ist das eine handelsrechtliche Streitigkeit?</p>	<p>B hat möglichst schnell gerichtlich zu erwirken, dass A sich weiterhin an den ABV zu halten hat. Dementsprechend sind gerichtliche Vornahmen zu tätigen.</p> <p>Es ist ein Gesuch um vorsorgliche Massnahmen zu stellen. A sei im Sinne von Art. 262 ZPO zu verpflichten bis zum Urteil im Hauptverfahren den Vertrag einzuhalten.</p> <p>Beantragen, dass die A-AG den ABV einzuhalten hat.</p> <p>In Rechtsbegehren 2 würde ich schreiben, dass A im Sinne des ABV zu verpflichten sei, den Vertreter von B in den Verwaltungsrat zu wählen ist, unter Androhung der Straffolgen gemäss Art. 292 StGB.</p> <p>Dann wäre zu beantragen, dass das Ganze superprovisorisch anzuordnen sei.</p> <p>Es ist auf dem ordentlichen Klageweg ein Feststellungsurteil anzustreben ob der ABV noch gültig ist oder nicht.</p> <p>Es fragt sich, ob eine handelsrechtliche Streitigkeit vorliegt. Einschlägig ist hier Art. 6 Abs. 4 lit. b ZPO.</p> <p>In diesem Fall sind die Voraussetzungen nach Art. 6 Abs. 2 ZPO zu prüfen. Eine geschäftliche Tätigkeit ist sicher gegeben (gemäss BGer reicht auch eine Nebentätigkeit). Lit. c ist auch fraglos erfüllt. Lit. b, ob der Streitwert erfüllt ist, ist fraglich.</p>

		<p>Angenommen es gehe auf Klägerseite um den Wert der Beteiligung an der C-AG von CHF 50'000.00? Wo muss man nachschauen, ob die Streitwertgrenze von CHF 30'000.00 massgebend ist?</p> <p>Als Anwalt der A-AG würden sie argumentieren es gehe nicht um CHF 50'000.00, sondern lediglich um die Gültigkeit des ABV. Der Streitwert sei eher symbolisch auf CHF 10'000.00 festzusetzen. Die Klageantwortfrist läuft. Was tun sie?</p> <p>Wenn man überzeugt ist, dass das Handelsgericht nicht zuständig ist, kann man irgendwie anpeilen, dass man zum Materiellen nicht Stellung nehmen muss?</p> <p>Angenommen heute würde die erste Klageantwortfrist ablaufen. In welcher Form ist sie einzureichen? Wie sieht es mit der Fristwahrung aus?</p> <p>Was passiert wenn nun der Beschränkungsantrag abgewiesen wird?</p> <p>Gibt es da Hilfe?</p> <p>Wer entscheidet über solche Anträge? Wer entscheidet über die Beschränkung beim Handelsgericht?</p> <p>Und weiter? Sie sehen in der Marginalie steht Instruktionsrichterin.</p> <p>Annahme: Verfahren wurde beschränkt und ein Schriftenwechsel sei bereits erfolgt. Wer entscheidet nun?</p> <p>Angenommen die Zuständigkeit des Handelsgerichts wurde bejaht. Wohin könnte das Ganze weitergezogen werden?</p>	<p>Dann wäre lit. b ebenfalls erfüllt. Der Grenzwert liegt bei CHF 30'000.00</p> <p>Art. 74 Abs. 1 BGG</p> <p>In Rechtsbegehren 1 müsste gefordert werden, dass auf die Klage nicht einzutreten sei, da die sachliche Zuständigkeit des Handelsgerichts nicht gegeben ist und es demnach an einer Prozessvoraussetzung fehlt.</p> <p>Das Gericht kann zur Vereinfachung des Prozesses gemäss Art. 125 ZPO das Verfahren auf einige Rechtsfragen beschränken. Etwas dazu erwähnen würde ich aber schon.</p> <p>Es handelt sich um eine förmliche Eingabe. Die Frist zur Klageantwort ist gleichzeitig zu erstrecken. Denn wenn auf das Rechtsbegehren nicht eingetreten oder es abgewiesen wird, wäre die Klageantwortfrist abgelaufen, d.h. eventualiter verlangen, dass die Frist verlängert wird.</p> <p>Dann wäre die Frist zum Einreichen der Klageantwort verpasst worden.</p> <p>Ja, gemäss Art. 223 ZPO kann eine kurze Nachfrist gewährt werden.</p> <p>Einschlägig ist EG ZSJ 12</p> <p>D.h. der Präsident entscheidet oder ein von ihm bezeichnetes Mitglied</p> <p>Das Kollegialgericht, da es nicht in der Liste der Dinge steht, welche die Instruktionsrichter behandeln. Es entscheidet einfach im beschränkten Verfahren.</p> <p>Es handelt sich um einen Zwischenentscheid, d.h. man könnte es an das Bundesgericht weiterziehen, diese könnte den Entscheid kehren und dann würde das Verfahren vor Handelsgericht ins Wasser fallen. Das ist im BGG festgehalten.</p>
--	--	---	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	Der Kandidat erhält einen kurzen Sachverhalt zum Lesen.	
		Welche Fragen Steuern kommen für Frau X in Frage?	X hat Grundstückgewinnsteuer für das erste Geschäft zu entrichten und ev. Handänderungssteuer für das zweite Geschäft.
		Warum „ev.“ Handänderungssteuern?	Da die ersten CHF 800'000.00 gestundet werden.
		Wo ist die Grundstückgewinnsteuer geregelt?	Art. 126 StG.
		Im Bundesrecht?	Die gibt es im Bund nicht.
		Wie könnte der Kanton Bern steuerlich attraktiver werden? Ev. ein Verzicht auf die Grundstückgewinnsteuer?	Könnte nur verzichten, wenn dies nicht dem Bundesrecht zuwiderlaufen würde. Gemäss dem Steuerharmonisierungsgesetz ist eine Grundstückgewinnsteuer zu erheben.
		Was wollen Sie von X wissen, um die Steuerfolgen bei der Grundstückgewinnsteuer zu erfahren?	Wie hoch ist der Anschaffungspreis? Wertvermehrnde Investitionen? Berechnen, ob überhaupt eine Pflicht zur Grundstückgewinnsteuer besteht.
		Was muss man zur Berechnung kennen?	Die Anlagekosten.
		Was sind die Anklagekosten?	Erwerbspreis und Aufwendungen.
		Was sind typische Aufwendungen?	Wertvermehrnde Unterhaltsarbeiten.
		Artikel dazu?	Art. 142 StG
		Wie können die Aufwendungen unterteilt werden?	In wertvermehrnde und werterhaltende Aufwendungen. Entscheidend ist dann auch das Rechnungsdatum. Der Aufwand kann dann vom Einkommen abgezogen werden.
		Dem Kandidaten werden Zusatzinformationen abgegeben: Erwerbspreis von CHF 400'000.00. Im Jahr 2002 für CHF 400'000.00 saniert. Wie viel durfte X von den CHF 400'000.00 abziehen? Liegt ein Fall der Dumont-Praxis vor?	Was damals nicht abziehbar war, kann er jetzt abziehen.
		Dumont-Praxis: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass X ein Teil der Aufwendungen im Jahr 2002 nicht abziehen konnte?	Wenn die Aufwendungen 25% des Erwerbspreises betragen → abziehbar. Wenn darüber → Dumont-Guillotine.

		<p>Das Verhältnis der Investition zum Kaufpreis ist entscheidend → auf was kommt es sonst noch an?</p> <p>Andere Kriterien? Die zeitliche Dimension: Anschaffung im Jahr 2000, Renovation im Jahr 2002. Wie ist das Zeitfenster, in dem die Renovation noch von Relevanz ist?</p> <p>Die Dumont Praxis wurde durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung begründet; wie wurde sie abgeschafft?</p> <p>Wie hoch sind die Anklagekosten, wenn im Jahr 2002 keine Abzüge getätigt wurden und die Handänderung CHF 200'000.00 beträgt?</p> <p>Verkauf der Wohnung für CHF 650'000.00 → Wie sind die Steuerfolgen?</p> <p>Was passiert? Wie kommt man vom Rohgewinn auf die steuerbare Grundstückgewinnsteuer? Wie berechnet man dies?</p> <p>Wie ist es mit der Besitzesdauer?</p> <p>CHF 70'000.00 steuerbare Grundstückgewinnsteuer → welche Frage stellt sich dann?</p> <p>Dies ist richtig. Was könnte man sich insgesamt noch fragen (bez. Besitzesdauer)? Im Jahr 2000 gekauft; bewohnt und renoviert und im Jahr 2016 verkauft.</p>	<p>Wenn stark investitionsbedürftig will man grosse Abzüge vermeiden.</p> <p>Ich weiss keine anderen Kriterien. Die Dumont-Praxis hat 5 Jahre gegriffen.</p> <p>Das weiss ich nicht.</p> <p>Handänderung → werden zu den Aufwendungen gezählt. Aufwendungen in der Höhe von CHF 820'000.00. Sie hat schliesslich keine Steuern zu entrichten.</p> <p>Keine Investitionen. Rohgewinn von CHF 100'000.00. Aufwendungen erhöhen sich um CHF 10'000.00. Rohgewinn von CHF 90'000.00.</p> <p>Art. 146 StG. Es ist eventuell ein Besitzesdauerabzug denkbar. CHF 20'000.00 Verlust bei Verkauf → kann dies zur Anrechnung bringen.</p> <p>Bei Eigentumswohnung in Thun: Wenn kürzer als 5 Jahre → kann kein Abzug vorbringen.</p> <p>Ob ein Spekulationszuschlag bezahlt werden muss. Zuschlag von 70% auf die Steuer → in casu: nein. Bez. Zuschlag: Es ist kein Fall der Spekulation. Sie hat die Liegenschaft selber bewohnt und es ging nicht darum einen Gewinn zu erwirtschaften</p> <p>Das weiss ich nicht.</p>
--	--	--	--